

Kundgebung für Bleiberecht afghanischer Flüchtlinge

16. November 2012, 11:30–14:00 Uhr
vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Nürnberg, Frankenstraße 210

Vom 8. August bis zum 5. Oktober stand in Nürnberg am Hallplatz ein Protestzelt von Flüchtlingen aus Afghanistan, Äthiopien, Kurdistan, Irak und Iran.

Sie forderten Respekt für ihre Fluchtgründe, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hier und ein Ende der Maßnahmen, die die Abschiebung zum Ziel haben.

Die Kundgebung am 16. 11. wird die Situation afghanischer Flüchtlinge beleuchten, weitere Aktionen werden folgen.

Afghanistan ist ein Land in dem seit ca. 30 Jahren Bürgerkrieg herrscht: zuerst zwischen Mudschaheddin und der Nasrallah-Regierung sowie den sowjetischen Besatzern, dann der Krieg zwischen den Warlords der Mudschaheddin und den von den USA und Pakistan unterstützten Taliban, deren Herrschaft nach den Anschlägen des 11. September 2001 wiederum von den westlichen Invasoren zugunsten einiger Warlords beendet wurde.

Der Bürgerkrieg ist in anwachsendem Maße weiter im Gang.

Die eingesetzte Regierung unter Präsident Karsai ist korrupt und hat keine Autorität.

Staatliche Strukturen sind in weiten Teilen des Landes nicht vorhanden. Seit 2001 gab es keine Kommunalwahlen. Korruption und Angst sind zentrale Machtinstrumente. Warlords, Taliban und Besatzer terrorisieren abwechselnd Bevölkerung.

Weil nun aber die Bundeswehr in Afghanistan ist und viel Geld dafür ausgegeben wird, lautet wohl die politische Vorgabe, möglichst viele Flüchtlinge aus Afghanistan wieder dorthin abzuschicken.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lässt verlauten, es gäbe genügend innerafghanische Fluchtalternativen, junge Männer könnten gut in Kabul „untertauchen“ und irgendeine Art Arbeit finden. Deshalb sind momentan auch in Nürnberg viele, besonders junge, Flüchtlinge aus Afghanistan von Abschiebung bedroht. Viele sind als Minderjährige gekommen, haben einen wahren Fluchthorror hinter sich und wollen sich hier eine neue Lebensperspektive aufbauen. Nun, da sie 18 Jahre alt sind, sollen sie abgeschoben werden, wie viele junge Männer auch.

Das Bundesamt macht die Vorgaben und fällt die Entscheidungen, auf deren Basis die Ausländerämter die Abschiebungen in die Wege leiten.

Laut UNO Bericht 2009 leben 42 Prozent der Menschen in Afghanistan in Armut .

39 Prozent der Afghaninnen und Afghanen sind unterernährt.

Zugang zu sanitären Einrichtungen haben nur 5,2 Prozent der Bevölkerung.

4,5 Millionen Menschen leben in Slums.

Von den Jugendlichen sind 47 Prozent arbeitslos.

(Quelle: http://imi-online.de/download/afghanistan_2011_web.pdf)

Eine Abschiebung hätte für die Betroffenen katastrophale Konsequenzen.

Wir rufen deshalb auf: kommt alle zur Kundgebung am 16. 11.12 vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Solidarität mit den hungerstreikenden Flüchtlingen in Berlin

Keine Abschiebungen nach Afghanistan und anderswo

Für ein dauerhaftes Bleiberecht

Die Flüchtlinge vom Hallplatz und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen